



Montag, 28. März 1977

Blatt 72⁶

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat

Lokal: Kinder, der Sommer wird lustig
Fotowettbewerb: "Sehnsucht nach dem Süden" - Bild
des Monats
Feier zur Benennung des "Julius Raab-Platz"
verschoben

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

fotowettbewerb:

'sehnsucht nach dem sueden' - bild des monats

1 wien, 28.3. (rk) als bild des monats wurde das maerz-bild 'sehnsucht nach dem sueden' von der jury praemiiert. dipl. ing. willibald b o e h m , aus der odoakergasse 10, in ottakring, hat dieses bild im rahmen des fotowettbewerbs 'wiener fotografieren wien' geschossen. 'die sehnsucht nach dem sueden' war einst die kulisse 'starker maenner', die im extrazimmer des gasthauses das an dieser stelle stand, ihre 'stamm-konkurrenzen' austrugen. er erhaelt als monatssieger 2.000 schilling.

der gewinner des city-wien-preises ist herr josef w i e d e n - h o f e r , 10, max fleischer-gasse 4, mit seinem foto: 'staatsoper'. der grosse fotowettbewerb 'wiener fotografieren wien' den die stadt wien in zusammenarbeit mit der gesellschaft zur foerderung der fotografie und der zentralsparkasse der gemeinde wien veranstaltet, geht weiter. alle fotos - bisher wurden 7.624 eingesandt - nehmen an der allgemeinen wertung im juni teil. (ka)

0915

28. maerz 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 728

L o k a l :

=====

kinder, der sommer wird lustig

wien, 28.3. (rk) wiener ferienspiel - fuer die 8- bis 14jaeh-
rigen - und wiener ferienclub - fuer die teenager - sind program-
miert: das reiche, im vorjahr von zehntausenden kindern und jugend-
lichen mit begeisterung in anspruch genomene angebot waehrend der
sommermonate wurde vom landesjugendreferat heuer noch um zusaetzliche
attraktionen vermehrt.

im ferienspiel gibt es erstmals ein robinson-spiel im lainzer
tiergarten. die kinder sollen den lainzer tiergarten durchwandern,
wobei sie gewisse hindernisse zu ueberwinden haben, zum beispiel
ueber einen balken gehen, mit einem seil von einer seite der anlauf-
stelle zur anderen schwingen usw. es sind sechs stationen geplant,
auch ein abendliches lagerfeuer, an dem kinder und eltern teilnehmen
sollen, ist vorgesehen.

neu ist auch der vogellehrpfad im donaupark. hier wird es den
ferienspielern moeglich sein, unsere vogelwelt kennen zu lernen. im
donaupark wird uebrigens auch das bodenschach angeboten.

fuer die sportbegeisterten kinder gibt es eine neue radsport-
station in drei teilen. im hallenstadion werden die verschiedenen
formen der bahnrennen demonstriert, auf dem rathausplatz wird ein
geschicklichkeitsrennen durchgefuehrt werden - dafuer stellt die
firma puch 170 fahrraeder zur verfuegung - und fuer die radwelt-
meisterschaft der junioren werden vom oesterreichischen radsportver-
band den ferienspielteilnehmern pro veranstaltung rund 3.000 karten
kostenlos zur verfuegung gestellt werden.

werden: kinder sollen fotos zum thema ''menschen bei der arbeit'' machen. jene kinder, die keinen eigenen fotoapparat besitzen, koennen sich vom landesjugendreferat wien ueber die staedtischen buechereien apparate ausborgen. eine grosse wiener tageszeitung hat sich ueberdies bereit erklaert, die besten fotos zu veroeffentlichen und zu honorieren.

daneben gibt es natuerlich auch die schon im vorjahr angebotenen stationen fahrt zum spiel, fahrt zum bauernhof, verschiedene sportaktionen, baederbesuch, wanderralley, den treffpunkt lagerfeuer ueber zweieinhalb tage auf der donauinsel, freies malen, das planetarium - diesmal mit zwei neuen sternmaerchen: ''der mond beim schneider'' und ''der neugierige komet'' sowie wieder das beliebte fernrohrbasteln -, ferner ein verkehrsspiel, filmvorfuehrungen, museumsbesuche und spaziergaenge durch wien. der pass fuer das wiener ferienspiel 1977 wird in der letzten schulwoche in den schulen verteilt werden.

der wiener ferienclub bietet heuer 31 stationen: wie im vorjahr wird es wieder den bandwettbewerb pop-odrom mit sechs popkonzerten geben, der gemeinsam mit einer grossen tageszeitung veranstaltet wird. eine internationale swing-party in den sofiensaelen, der treffpunkt jugendzentren, eine burgparty in laxenburg, jeweils samstag diskothekabende und jeden sonntag tanz auf der seebuehne im donaupark werden fuer geselliges vergnuegen sorgen.

fuer filmfans gibt es fuenf filme im treitlhaus, alpinfilme im nfj-clubzentrum und sechs filme im action-kino und wer sich selbst ein tv-programm machen will, hat im medienworkshop dazu gelegenheit.

den sportfreunden winken freikarten fuer die staedtischen sommer- und hallenbaeder, die segelschule auf der alten donau, sommer-skilauf auf dem kitzsteinhorn, grasskilauf in gloggnitz, skilanglauf in der sportanlage laxenburger strasse, eine ganze reihe offener sportplaetze, reiten im reitstall rieglerhuetten, tauchsport - hier hat man auch die moeglichkeit, rettungsschwimmkurse und die tauchleistungspruefung zu machen - und schliesslich die radweltmeisterschaft der junioren.

den kunstinteressierten stehen auffuehrungen im ensemble ''den spiegel'', den original pradler ritterspielen, der kleinen komoedie

und den komoedianten offen, das clubheft enthaelt ferner einen bon ueber 25 schilling fuer die sommerkonzerte des kulturamtes der stadt wien.

eine robinsonfahrt nach duernstein, eine fahrt zu einer privatsternwarte in hauselbach, der treffpunkt lagerfeuer mit grill, eine niederoesterreichrundfahrt unter dem motto "servus niederoesterreich", rundfahrten modernes wien und u-bahn-probefahrten, ein fotowettbewerb fuer sozialkritische fotos, ein riesenpopkonzert in der stadthalle am 2. september und die grosse abschlussveranstaltung mit preisverleihung runden das programmangebot ab.

die meisten dieser angebote sind fuer clubmitglieder kostenlos, die anderen sind stark ermaessigt. clubhefte gibt es zum preis von 30 schilling bei allen jugendorganisationen, in den jugendzentren und in allen "z"-filialen. (os)

++++

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 28.3. (rk) Dem Wiener Landtag, der unter dem Vorsitz vom Ersten Präsidenten Maria Hlawka (SPÖ) Montag zu einer Sitzung zusammentrat, lagen je eine Anfrage der FPÖ und der ÖVP vor. Anstelle des verstorbenen Regierungsrates Josef Schweiger (SPÖ) wurde Johann Matzenauer in den Bundesrat und als Ersatzmann Franz Stodola gewählt. Für den Landessportrat wurde LAbg. Hans Ludwig (SPÖ) als Ersatzmitglied gewählt.

Änderung des Parkometergesetzes

Über die Vorlage des Gesetzes zur Änderung des Parkometergesetzes berichtete StR. Mayr (SPÖ), daß die Änderung vor allem in Anpassung an eine neue Bestimmung der Straßenverkehrsordnung notwendig geworden ist, die künftig stark gehbehinderten Personen beim Parken in Kurzparkzonen keine zeitliche Beschränkung mehr auferlegt. Eine weitere Änderung betrifft die Auskunftspflicht des Fahrers, wodurch eine Verwaltungsvereinfachung erreicht wird. StR. Mayr teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß der Magistrat die Absicht habe, die Doppelbestrafung in Kurzparkzonen zu beseitigen. Zu diesem Zweck sollen parlamentarische Gespräche geführt werden, um eine eindeutige rechtliche Lösung zu finden.

LAbg. Dkfm. Wöber (ÖVP) begrüßte diese Erklärung und regte an, zuerst alle landesgesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine möglichst rasche Lösung dieses Problems zu erreichen.

Abstimmung: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

(smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 28.3. (rk) Der Wiener Gemeinderat trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zu einer Sitzung zusammen. Es lagen fünf Anfragen der FPÖ und sechs Anfragen der ÖVP vor.

Ein Antrag der ÖVP betreffend Abstandnahme von der Verbreiterung der Kundratstraße im 10. Bezirk sowie betreffend die Teilnahme von Pflegeeltern an Expertengesprächen, ein Antrag der FPÖ betreffend die Widmung des Schwarzenberggartens als Parkschutzgebiet sowie betreffend die Überprüfung der Straßentafeln und ein Antrag der Bezirksvertretung des 1. Bezirks betreffend die Erdgasumstellung wurden zugewiesen.

Für VBgm. a.D. Hans Bock (SPÖ), der sein Mandat als Gemeinderat zurückgelegt hat, und für den verstorbenen Gemeinderat Wilhelm Miksch (SPÖ) wurden Robert Pfleger (SPÖ) und Ernst Vejtisek (SPÖ) als neue Gemeinräte angelobt.

Bürgermeister Gratz würdigte die Verdienste des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen ehemaligen Personalstadtrates und Vizebürgermeisters Hans Bock. Mit Bock, der dem Gemeinderat seit 1948 angehört hatte, schied das dienstälteste Mitglied des Gemeinderates aus.

Mitteilung des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz meldete sich zu einer Mitteilung zu Wort: Er habe bereits am 30. August 1976 dem Gemeinderat den ersten Bericht der Expertenkommission über die Ursachen des Einsturzes der Reichsbrücke sowie den Bericht des Kontrollamtes zu diesem Fragenkomplex vorgelegt. Noch am Tag des Einsturzes der Reichsbrücke waren Bautenminister Moser und er übereingekommen, eine unabhängige Expertenkommission zur Klärung der Einsturzursachen einzuberufen. Der erste Bericht dieser Kommission wurde ihm am 10. August übergeben und am selben Tag der Öffentlichkeit vorgelegt.

Den Abschlußbericht der Expertenkommission erhielt Bürgermeister Gratz am 7. März 1977, am Tag darauf wurde der Bericht der Öffentlichkeit übergeben.

Bürgermeister Gratz erklärte, daß er durch seine Wortmeldung dem Gemeinderat die Gelegenheit geben wolle, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Den umfangreichen Bericht im Rahmen seiner Wortmeldung kurz zu referieren, sehe er sich aus sachlichen Gründen außerstande. Eines müsse jedoch festgestellt werden: Aus dem Bericht geht eindeutig hervor, daß in der gesamten Kausalkette, die zum Einsturz der Reichsbrücke geführt hat, keine schuldhafte Handlung oder Unterlassung eines Bediensteten der Stadt Wien vorliege. Gratz dankte abschließend den Mitgliedern der Expertenkommission für ihre Arbeit.

Ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen, über die Mitteilung des Bürgermeisters eine Debatte abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Die Debatte wird vor Schluß der Sitzung stattfinden.

Ausstellung "Neue Sachlichkeit und Realismus"

GR. Hanke (SPÖ) referierte den Antrag, für die Durchführung der Ausstellung "Neue Sachlichkeit und Realismus" im Museum des 20. Jahrhunderts einen Betrag in der Höhe von 3,5 Millionen aus dem Kulturschilling zu bewilligen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) begrüßte die Durchführung der Ausstellung, kritisierte jedoch die Bedeckung aus dem Kulturschilling, der in erster Linie für die Altstadterhaltung da sei. Er urgierte einen Bericht über die Situation auf diesem Gebiet. Bittner brachte einen Antrag ein, den Betrag für die Durchführung der Ausstellung aus der Rubrik Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu bedecken.

GR. Hanke erklärte in seinem Schlußwort, daß über die Altstadterhaltung laufend Berichte und Publikationen vorgelegt werden. Auch im Rahmen des Rechnungsabschlusses werde darüber berichtet werden.

Abstimmung: Der Antrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ger)

Umbau der Heimatkinos

Zum Antrag von GR. Windhab (SPÖ), dem Ensemble "Werkstatt" für den Erwerb und den Umbau der "Heimat-Lichtspiele" im 9. Bezirk einen einmaligen widmungsgebundenen Förderungszuschuß von 2,32 Millionen S zur Verfügung zu stellen, nahm GR. Prof. Bittner (ÖVP) Stellung. Zwar begrüße er, daß die "Werkstatt" ein künstlerisches Heim bekomme, doch sollte der genannte Betrag nicht aus dem Kulturschilling, sondern aus Mitteln für die Förderung von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bedeckt werden. Der diesbezügliche Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Hallenstadion

GR. Hirsch (SPÖ) stellte den Antrag, 8 Millionen S für die Beschaffung von Einrichtungen und Geräten für das Wiener Hallenstadion zu genehmigen.

GR. Arthold (ÖVP) bezichtigte die zuständigen Stellen des mangelnden Weitblicks: obwohl seit zehn Jahren am Hallenstadion gebaut werde, komme man erst jetzt darauf, daß es auch eingerichtet werden müsse. Weiter kritisierte der Debattenredner, daß man in Wien erst jetzt daran denke, Turnsäle nach internationaler Norm im Ausmaß von 15 mal 27 Meter zu bauen, und daß die Turnsäle der Schulen an Freitagen nicht von den Vereinen benützt werden dürfen. Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Autobahn A 1 im Bereich Schönbrunn erinnerte GR. Arthold an die dadurch notwendig werdende Absiedlung des Sportplatzes Schönbrunn, der von 60 Vereinen und von 8 Schulen mit 100 Klassen benützt wird, und forderte rechtzeitige Vorkehrungen für die Weiterführung des Sportbetriebes im Weststadion.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (we)

Brücken

Die Beschlußfassung über die Straßendetailplanung der Floridsdorfer Brücke (Berichterstatterin GR. Maria Szöllösi) nahm GR. Gawlik (SPÖ) zum Anlaß, um zu Falschmeldungen der letzten Zeit über Wiener Brücken Stellung zu nehmen. Der Rustensteg und die Schweglerbrücke im 15. Bezirk sind beide in einem guten Bauzustand, erklärte GR. Gawlik. Das habe ihm die zuständige Magistratsabteilung 29 auf eine Anfrage hin schriftlich mitge-

erscheinungen auf. Der Rustensteg wurde 1972 generalinstandgesetzt. Lediglich der Aufgang sei in einem schlechten Bauzustand.

Einfamilienhäuser

Der Verkauf von zwei Grundstücken für das von Bürgermeister Gratz angekündigte Einfamilienhaus-Siedlungsprogramm an die Wohnbaugenossenschaften Gesiba und Neuland wurde einstimmig genehmigt. Das "Gesiba-Grundstück" liegt im 21. Bezirk in der Carabelligasse und ermöglicht den Bau von 180 Einfamilienhäusern, das "Neuland-Grundstück" im 22. Bezirk in der Spargelfeldstraße ist für rund 200 Einfamilienhäuser geeignet. Die Verkaufspreise sind 480 S bzw. 380 S pro Quadratmeter.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) sprach sich zwar für den Einfamilienhausbau aus, kritisierte aber den Zeitpunkt des Baus. Vor Jahren, als noch reichlich Mittel für die Wohnbauförderung vorhanden waren, wurde der Einfamilienbau von den Sozialisten strikt abgelehnt. Nun, da echte Engpässe auftreten, geht man an den Einfamilienhausbau. Diese Vorgangsweise zeugt von einem falschen Konzept.

Die weitere Abwicklung wirft eine Reihe von Fragen auf. Wieviel Personen haben sich bereits für diese Häuser angemeldet und nach welchen Kriterien wird man die Auswahl treffen? Wie hoch werden die Baukosten sein? Wer zahlt die notwendigen öffentlichen Flächen? Werden bei der Vergabe, die durch das Wohnbauförderungsgesetz gegebenen Einkommensgrenzen durchgehalten werden können? Wieviel Häuser wird man pro Jahr fertigstellen?

Ein Großteil der Wiener baut im Umland Einfamilienhäuser. Solchen Interessenten auch in Wien eine Möglichkeit anzubieten, das ist die Zielsetzung des Siedlungsprogramms, erklärte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ). Sowohl die Baukosten als auch die Vergaberichtlinien werden sich im Rahmen der derzeit gültigen Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes halten.

Der Wohnbau in Wien muß in erster Linie den Bedarf decken. Den dringendsten Wohnungsbedarf deckt die Gemeinde mit dem kommunalen Wohnbau ab. Die Genossenschafts- und Eigentumswohnungen, aber auch die Eigenheime, erfüllen vor allem den Wunsch der Bevölkerung nach einer besseren Wohnung. Berechnungen ergaben, daß die unterste Grenze des Bedarfs in Wien bei rund 7.000 Wohnungen im Jahr liegt. Von 1971 bis 1975 wurde jährlich folgende Anzahl von Wohnungen fertigge-

gestellt: 9.554, 10.097, 6.927, 5.618 und 7.145. Diese Zahlen werden in den folgenden Jahren noch überboten. Berücksichtigt man weiter, daß rund ein Drittel der Wohnungsverbesserungen echten neuen Wohnraum schaffen, werden in Wien derzeit rund 11.000 qualitätsmäßig neue Wohnungen gebaut. Diese Zahl zeigt, daß der Bedarf tatsächlich gedeckt wird.

In zweiter Linie dient der Wohnbau der Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Die Wiener Bauwirtschaft konnte in den letzten Jahren eine stetige Aufwärtsentwicklung verzeichnen. So stieg das Produktionsvolumen von 7,4 Milliarden im Jahr 1971 auf 11,5 Milliarden im Jahr 1975. Die öffentliche Hand hat als Auftraggeber gerade in den Zeiten des Konjunkturabschwunges diese Entwicklung erst möglich gemacht. So stiegen die öffentlichen Aufträge 1975 um 25 Prozent, während die Aufträge privater um drei Prozent zurückgingen.

GR. Hahn (ÖVP) bezweifelte, ob die Einfamilienhäuser im Rahmen der nach der Wohnbauförderung angemessenen Baukosten liegen werden. Während man derzeit bei Anrechnung aller Erschwernisse auf rund 9.000 S pro Quadratmeter angemessener Baukosten kommt, gibt die VÖEST die Kosten für ein Einfamilienhaus mit 10.800 S pro Quadratmeter an. Jedenfalls wird, so Hahn, ein Bewerber rund eine halbe Million S für ein Einfamilienhaus bei Vertragsabschluß auf den Tisch legen müssen.

Die SPÖ hat den Einfamilienhausbau niemals bekämpft, erklärte VBgm. Pfösch (SPÖ) in seinem Schlußwort. Gerade in der Ersten Republik wurden sehr viele Einfamilienhäuser in Wien gebaut. Würde man heute das Produkt Wohnung auf dem freien Markt erwerben, müßte man für Miete und Kapitalrückzahlung Kosten in der Höhe von 70 bis 100 Schilling pro Quadratmeter und Monat in Kauf nehmen. Diese Zahl zeigt die Bedeutung des kommunalen Wohnbaus in der öffentlichen Förderung, die die monatliche Belastung für den Mieter doch weiter unter diesen Betrag senkt.

1977 werden in Wien von der Gemeinde an die 20.000 Wohnungen gebaut beziehungsweise gefördert und mittels der Wohnungsverbesserung instandgehalten werden können. Dies reicht aus, um den Bedarf zu decken. Würde man so bauen, wie es die konjunkturelle Lage der Bauwirtschaft erfordert, würde man wahrscheinlich zu Zuständen kommen, wie sie derzeit in der Bundesrepublik Deutschland herrschen:

Dort stehen hunderttausende neue Wohnungen leer. In Wien steuert man einen Mittelweg: Es wird versucht, sowohl dem Bedarf der Bevölkerung als auch der konjunkturellen Lage der Bauwirtschaft Rechnung zu tragen.

Für die Einfamilienhäuser sind derzeit 2.000 Anmeldungen vorhanden. Über die Vergabekriterien ist noch keine Entscheidung gefallen. (sei)

Austria-Wochenschau

Auf Grund der Kostenerhöhung für Personal und Kopierarbeiten sei eine Erhöhung des im Vertrag der Austria-Wochenschau mit dem Presse- und Informationsdienst vorgesehenen Jahresentgelts um rund 7 Prozent von 3,7 Millionen auf 3,960 Millionen erforderlich, berichtete GR. Lustig (SPÖ). Der Vertrag sei bereits 1971 vom Kulturstamt mit der Wochenschau abgeschlossen und 1975 verlängert worden, um eine ständige Berichterstattung über Wiener Kommunalereignisse zu ermöglichen. GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete den Vertrag als bezeichnend für eine gelenkte Propaganda und penetrante Hofberichterstattung. Dafür hätte die FPÖ kein Verständnis und grundsätzliche Bedenken dagegen. Die heutige Aufregung des Redners sei ihm unverständlich meinte der Berichterstatter im Schlußwort, da wie gesagt, der Vertrag seitens des Kulturstamtes bereits seit 1971 existiere und nur aus budgetären Gründen dem PID übertragen worden sei. Man könne doch nicht von Hofberichterstattung reden, wenn man den Bürger darüber informiert, was in seiner Stadt geschieht. Im übrigen werden die gefilmten Farbbeiträge für Dokumentationen weiterverwendet.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen. (smo)

Kleingärten

GR. Ascherl (SPÖ) referierte den Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Teilgebiet des Praters. In diesem Gebiet befinden sich Kleingartenanlagen, die nunmehr widmungsgemäß gesichert werden sollen.

GR. Arthold (ÖVP) kündigte an, daß seine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen werde. Bedauerlich allerdings, daß nicht zu ersehen sei, nach welchem Konzept solche Umwidmungen erfolgen. Bereits viermal habe die ÖVP die Erstellung eines Kleingartenkonzepts verlangt. Der damalige Stadtrat Hofmann habe 1974 mündlich eine Art Konzept vorgelegt, wobei er auf Ankündigungen aus dem Jahr 1971 Bezug genommen habe. Zahlreiche neue Flächen für die Errichtung von Kleingartenanlagen wurden angekündigt, bis heute gebe es aber keinen Zeitplan für die Realisierung. 1974 habe Stadtrat Hofmann auch die Schaffung von Gartensiedlungen angekündigt. Im Rahmen der neuen Bauordnung wurden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Arthold warf die Frage auf, wann es zur Umwandlung von bestehenden Kleingartenanlagen in Gartensiedlungen und zur Errichtung angekündigter neuer Siedlungen in Breitenlee, Süßenbrunn und Stammersdorf kommen werde.

Arthold kritisierte die Vorgangsweise gegenüber den Kleingärtnern in der Kundratstraße. Die Beseitigung der Grünzone zwischen den Eisenbahnanlagen und den Krankenhäusern wäre ein Unsinn. Die Stadtplanung dürfe eine solche Entwicklung nicht zulassen.

GR. Outolny (SPÖ) verwies auf das seit 1971 vorliegende Konzept für Kleingärten, nach dem vorgegangen werde. Leider sei es unvermeidlich, einzelne Kleingartengebiete im Interesse der Stadtentwicklung aufzulassen. Für diese Gebiete werden jedoch Ersatzflächen geschaffen. Auch werden abgesiedelte Kleingärtner entschädigt. Die meisten Kleingärtner bringen für diese Probleme auch Verständnis auf.

GR. Ascherl (SPÖ) verwies in seinem Schlußwort auf die Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung neuer Kleingartengebiete und auf die im Entstehen begriffenen neuen Anlagen. Das Grundstück an der Kundratstraße ist als Verkehrsband gewidmet und untersteht den österreichischen Bundesbahnen. Diese gesetzlichen Voraussetzungen müßten beachtet werden. Auch diesen Siedlern seien im übrigen Ersatzgärten angeboten worden.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

Wiental-Autobahn

GR. Edlinger (SPÖ) stellte den Antrag, Kosten in der Höhe von 900.000 S für die Ausarbeitung des generellen Projekts der A 1 Wiental-Autobahn zu genehmigen und mit dem Auftrag Dipl.-Ing. Doktor

Hermann Neukirchen zu betrauen. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach sich dafür aus, die Verkehrssituation vor dem Schloß Schönbrunn durch eine Straße in Tieflage zu sanieren, warnte aber davor, die Wiental-Autobahn - wie beabsichtigt - bis zum Gaudenzdorfer Gürtel zu führen. Die Fertigstellung des Autobahnringes um Wien werde zweifellos eine Entlastung der Westautobahn mit sich bringen, so dass es nicht erforderlich sei, die Autobahn so weit in die Stadt hineinzuführen.

Abstimmung: Angenommen von SPÖ und ÖVP.

Subventionen

Der nächste Punkt der Tagesordnung, den Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) referierte, betraf Subventionen in Höhe von insgesamt 12,064.100 Schilling an diverse Gesellschaften und Vereine, darunter 3,4 Millionen an den Verein "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung", 2,75 Millionen an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, 2 Millionen für den Verein "Wien International" und 1,8 Millionen S für das Institut für Rheumatologie und Balneologie der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) äußerte Bedenken gegen den Betrag von 3,4 Millionen S für den Verein "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung". Prof. Freyler habe am 1. Dezember 1976 schriftlich seine Absicht bekanntgegeben, den Verein aufzulösen und Mittel auf dem Subventionsweg beantragt, ohne Zahlen zu nennen. Am 18. Jänner habe er dann in einem zweiten Schreiben den Betrag von 3,4 Millionen genannt, ohne Hinweise zu geben, wofür diese Mittel ausgegeben worden seien. Er werde das Gefühl nicht los, sagte Hirnschall, dass hier hinter tönenden Worten wenig Konkretes stehe. In einer Anfrage seiner Fraktion an den Finanzstadtrat wird Antwort auf drei Fragen gefordert: 1. Wurden Prof. Freyler Zusagen gemacht, spätere Verbindlichkeiten abzudecken? 2. Welche Leistungen habe der Verein für die Stadtverwaltung erbracht? und 3. Was geschieht mit der gleichnamigen Gesellschaft mbH? Abschließend meinte Dr. Hirnschall, es bestehe kein Anlaß, auch nur einen Schilling aus den Mitteln der Stadt Wien für Prof. Freyler flüssig zu machen.

StR. Dr. Goller (ÖVP) gab einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Vereins. Als persönlicher Berater von Bürgermeister Gratz habe Architekt Freyler ursprünglich einen Sondervertrag auf ein Jahr (vom 1. Oktober 1973 bis 30. September 1974) erhalten, der mit 420.000 S oder 35.000 S pro Monat dotiert war.

Dieser für Prof. Freyler zweifellos gute Sondervertrag wurde nach einem Jahr nicht mehr verlängert. Auf die erste Anfrage der ÖVP habe der Bürgermeister im Stadtsenat geäußert, er wolle Freylers Schaffenskraft weiterhin, wenn auch nicht mehr so eng, für die Stadt Wien erhalten. Danach habe Prof. Freyler als Appendix des Instituts für Stadtforschung Räume im bereits leerstehenden Palais der ehemaligen Wiener Polizeidirektion bezogen, was dem Institut allein 890.000 S kostete. Für die Zeit vom 25. Juli 1974 bis 5. August 1975 habe Freyler für Beratungsaufgaben im Auftrag des Bürgermeisters 661.034 Schilling verrechnet. Seine Konsulententätigkeit habe Freyler im Fernsehen folgendermaßen charakterisiert: "Ich stand dem Bürgermeister zur Verfügung für alle die Fragen, die die Tätigkeit im Amtsrat betrafen".

Am 1. Oktober 1975 sei der Verein mit dem bombastischen Namen "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung" gegründet worden, am 15. Dezember 1975 habe der gemeinnützige Verein mit seinem eigenen Direktor Freyler eine Ges.mBH gebildet, um erwerbswirtschaftlich tätig zu werden. Dr. Goller nannte den Verein und seine Ges.mBH ein Musterbeispiel dafür, wie verfilzt der Subventionsgeber mit dem Subventionsnehmer sei.

Seit Oktober 1973 habe Freyler den Wiener Steuerzahlern insgesamt 6,626.000 S gekostet. Die ÖVP habe die Causa Freyler mindestens sechsmal im Stadtsenat zur Sprache gebracht. Die verlangte Einschau des Kontrollamts sei zwar zugesagt, aber vergessen worden. Das sei wieder ein Beweis, wie wichtig ein wirklich unabhängiges Kontrollamt sei.

Abschließend gab StR. Dr. Goller der Ansicht seiner Fraktion Ausdruck, daß in diesem Fall nicht der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden dürfe; vielmehr solle der die Schulden bezahlen, der sie gemacht habe. Die ÖVP werde dem Punkt 13 der Subventionsliste nicht die Zustimmung geben und verlange eine getrennte Abstimmung.

Bürgermeister Leopold Gratz (SPÖ) stellte fest, daß keineswegs etwas verschleiert werde. Stadtrat Dr. Goller bezichtigte er der Leichtfertigkeit hinsichtlich der Beurteilung der Qualitäten eines Mannes. Prof. Freyler habe sich unter Aufgabe seines Berufs als Berater zur Verfügung gestellt. Die Ausführungen der ÖVP bezeichnete Gratz als einen Versuch in einer Kette von Versuchen, jemand zu diffamieren, der sich nicht zur ÖVP bekenne.

Einem Politiker müsse es freistehen, sich dort Ratschläge zu holen, wo er es für richtig halte. Daß Prof. Freyler Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, sei eine Selbstverständlichkeit - schließlich hätten auch auf seine - Gratz' - Veranlassung, die Klubs der politischen Parteien Räumlichkeiten erhalten. Die von Prof. Freyler erarbeiteten Unterlagen ständen dem Kontrollant jederzeit zur Verfügung.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP): Es sei nichts gegen einen Berater des Bürgermeisters zu sagen. Hingegen sei eine strenge Trennung zu verlangen zwischen der Beratung des Bürgermeisters und der Auftragserteilung der Stadt Wien an diesen Berater. Es sei auch problematisch, wenn der Bürgermeister Präsident eines Vereins sei, der Aufträge der Stadtverwaltung übernehme.

In seinem Schlußwort meinte Finanzstadtrat Mayr (SPÖ), daß es schwierig sei, zur wissenschaftlichen Effizienz von Instituten Stellung zu nehmen. Im Falle des Vereins "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung" sei nicht allein der Institutsleiter, sondern eine Reihe von Mitarbeitern tätig gewesen. Es sei nicht die Überprüfung der wissenschaftlichen Tätigkeit abgelehnt worden, sondern die Verzögerung der Vereinsauflösung, um zu verhindern, daß weitere Kosten auflaufen. Die Anfrage der FPÖ werde der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zugeführt, die Abstimmung werde getrennt durchgeführt.

Abstimmung: Die Punkte 1 bis 12 und der Punkt 14 der Subventionsliste wurden einstimmig angenommen, der Punkt 13 mit den Stimmen der SPÖ. (we)

Tunnelstrecken

Ein Kuriosum der Stadtverwaltung nannte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) die Übernahme von Betriebs- und Wartungskosten der Tunnelstrecken der Straßenbahnlinien 2 und 18 in der Höhe von 22 Millionen Schilling durch die Stadt Wien. Diese Bauwerke wurden den Ver-

kehrsbetrieben nach der Errichtung geschenkt und man möchte meinen, daß der Beschenkte als Gegenleistung zumindest die Betriebs- und Wartungskosten trägt. Das Gegenteil ist der Fall. Entweder handelt es sich dabei um einen Schildbürgerstreich oder man möchte die Bilanzen der Stadtwerke frisieren.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) erklärte als Berichterstatter, daß diese Bauwerke sowohl dem öffentlichen als auch dem Individualverkehr dienen. Eine Kostentrennung ist daher sehr schwer möglich. Allerdings spielen auch bilanztechnische Gründe eine Rolle.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (sei)

Wiener Kleinbetriebe-Zuschußaktion

Eine neue, wirksame Aktion zur Förderung der Wiener Klein- und Mittelbetriebe unter dem Titel "Wiener Kleinbetriebe-Zuschußaktion für Neugründungen und Modernisierung (KBZ-Aktion)", für die ein Investitionsrahmen von 300 Millionen und Prämien von 30 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen, beantragte Stadtrat Mayr (SPÖ). In dreifacher Hinsicht soll die Aktion wirksam werden - als Investitionsförderung, als Betriebsneugründungsförderung und als Förderung zur Sicherstellung der Nahversorgung. Alle drei Möglichkeiten können nebeneinander beansprucht werden, es sind Zuschüsse bis zu 25 Prozent möglich. Die Änderung zu bisherigen Aktionen ist, daß anstelle des Zinsenzuschusses eine einmalige Prämie gewährt wird. Alle Kreditinstitute können sich an der Aktion beteiligen, die Abwicklung erfolgt ohne eigenen Apparat des Magistrats über den Kreditverein der "Z". Als Ziel dieser neuen Aktion nannte Mayr: Die Versorgung zu verbessern, die Wiener Wirtschaft optimal zu stärken, die Anpassung an Wirtschaftsänderungen zu erleichtern. Ein Wermutstropfen ist allerdings darin zu finden, daß die Bundesförderung jenen Gemeinden - also Wien - die solche Aktionen machen, nicht im entsprechenden Ausmaß zugute kommt.

Als erster Debattenredner bezeichnete GR. Sallaberger (SPÖ) die neue Aktion in ihrer Schwerpunktsetzung effektiver als die bisherigen, mitunter unübersichtlichen und unterschiedlich gehandhabten dreizehn Förderungsaktionen. Beachtliches wurde aber schon bisher in Wien geleistet: Für mehr als 4.000 Existenzgründungen wurden 465 Millionen zur Verfügung gestellt, fast 9.000 Modernisierungen wurden mit rund einer Milliarde gefördert. Im Rahmen

der sogenannten Getränkesteueraktion wurden für 4.687 Gast- und Schankgewerbebetriebe, also für etwa jedes zweite Wirts- oder Kaffeehaus, rund 380 Millionen aufgewendet. Wenn die Bundesförderung prozentuell nicht dem Wiener Anteil an Klein- und Mittelbetrieben entspricht, so ist es nur eine logische Konsequenz, die Wiener Förderung stärker nach Schwerpunkten zu gestalten.

GR. Sallaberger wies dann nach, daß gerade in den Gebieten mit den meisten Klein- und Mittelbetrieben die Rezession am besten überwunden werden konnte, und die Arbeitsplätze am wenigsten gefährdet waren.

Stadtrat Neusser (ÖVP) pflichtete dem Vorredner bei, daß die Wiener Wirtschaft bei der Überwindung der Rezession hervorragende Leistungen erzielt hat. Er sprach allerdings davon, daß der Kreditverband manche Betriebe diskriminiere und sprach die Hoffnung aus, daß tatsächlich alle Antragsformulare bei allen Kreditinstituten aufliegen werden. Gegen die Benachteiligung Wiens durch den Bund habe aber Wien kaum Protest eingelegt, weder bei der Spitalsbenachteiligung noch beim U-Bahn-Bau. Für die vom Bund zur Verfügung gestellten Beträge zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen habe Wien keinen Groschen gekriegt. Das sei eine eklatante Diskriminierung.

Die Antragsformulare werden überall aufliegen, versicherte StR. Mayr im Schlußwort, von einer Diskriminierung gewisser Betriebe seitens des Kreditverbandes zu sprechen, ohne konkrete Hinweise zu geben, sei höchst unfair. Er habe noch nie von derartigen Fällen gehört. Wenn Wien als "Insel in der Insel Österreich" die Rezession gut überwunden habe, so sei das auch darauf zurückzuführen, daß sich die Bemühungen der Bundesregierung mit jenen der Stadtverwaltung addiert haben. Was die Behauptungen über Benachteiligung durch den Bund betrifft, so stimmen sie einfach nicht. Es gibt keinen Beweis dafür, daß etwa in der Spitalsfrage Wien benachteiligt wird, daß hingegen der Bund mehr tun müßte sei keine Frage. Oder U-Bahn-Bau: Das seinerzeitige Schmitz-Slavik-Abkommen sei von der ÖVP-Regierung zu Fall gebracht worden. Erst unter Androsch sei es möglich gewesen, mehr Zuschüsse durchzusetzen. Erstmals wird Wien für den U-Bahn-Bau einen Beitrag von mindestens 300 Millionen aus der Kraftfahrzeugsteuer zusätzlich bekommen. Grundsätzlich appellierte Mayr abschließend: Keine politischen Schaukämpfe zu absolvieren, sondern gemeinsam zu versuchen, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Großgrünanlage Ober-Laa

GR. Braun (SPÖ) referierte den Antrag auf Erhöhung des Sachkredits für die Großgrünanlage Ober-Laa von 624 auf 629 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) verlieh seiner positiven Einstellung zur Grünanlage Ausdruck. Dort sei es auch zu fast keinen Kostensteigerungen gekommen, wohl aber bei den Zusatzeinrichtungen der WIG 74. Insgesamt sei der ursprünglich vorgesehene Betrag um 80 Prozent überschritten worden.

Bauer kritisierte, daß das ursprünglich vereinbarte Honorar für den Architekten aufgrund der Gebührenordnung nun um fünf Millionen S überschritten werde. Dies hätte man durch einen Vertrag verhindern sollen.

GR. Braun (SPÖ) stellte fest, daß die Großgrünanlage Ober-Laa auch deshalb zu einem so beliebten Erholungszentrum geworden sei, weil über die WIG 74 hinaus Zusatzeinrichtungen geschaffen worden seien. Die Gebührenordnung für Architekten könne durch keine Verträge ausgeschaltet werden.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Kreditaktion für Privatbäder

GR. Busta (SPÖ) referierte den Antrag auf Schaffung einer begünstigten Kreditaktion und Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Privatbäder.

GR. Schneider (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP eine solche Aktion schon 1963 verlangt habe. Die SPÖ habe damals abgelehnt. Schneider verwies auf die heutige triste Situation der Privatbäder, die durch eine zeitgerechte Kreditaktion verhindert werden hätte können. Er verlieh seinem Befremden darüber Ausdruck, daß auch das einzige Privathallenbad - das der Gewerkschaft gehöre - in die Kreditaktion einbezogen wurde.

GR. Busta (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß nicht erst heute, sondern schon im Rahmen der Fremdenverkehrsaktion 1970 die Gewährung von Zinsenzuschüssen für Privatbäder beschlossen worden sei. Beim heutigen Antrag handle es sich um eine zusätzliche Förderung, die wegen der zusätzlichen Auflagen aufgrund des neuen Bäderhygienegesetzes notwendig geworden sei.

Die Kritik an der Einbeziehung des Privathallenbades in die Aktion zeige einmal mehr, daß es der ÖVP oft nicht um die Sache, sondern um Personen und Organisationen gehe.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

Reichsbrücken-Debatte

Jemand, der ein altes Auto ohne Pickerl und Überprüfung in Betrieb nimmt, handelt sicher fahrlässig, wenn auch in der Folge kein Unfall passiert. Glücklicherweise hat das endgültige Gutachten über den Reichsbrückeneinsturz keinen Kausalzusammenhang zwischen Fehlern bei der Überprüfung und Einsturz ergeben. Fahrlässig ist trotzdem vorgegangen worden, erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ).

Es war eine ungeheure Fahrlässigkeit, daß die vom Gesetz alle sechs Jahre fällige Hauptüberprüfung nicht durchgeführt wurde, und es gab viele andere Unterlassungen. Eine Lehre sollte man daraus ziehen: Beim Neubau der Brücke sollten bereits optimale Überprüfungsverfahren gesucht und eingebaut werden.

Der Bericht läßt einige Fragen offen, erklärte GR. Hoffmann (ÖVP). So wurde ein Riß in einem Pfeiler bereits bei Überprüfungen in den Jahren 1951 bis 1956 erkannt. Dieser Riß hätte seit damals ein latentes Alarmzeichen sein müssen. Ein Lagerunterteil des Pfeilers 17 A wurde nach dem Einsturz nicht mehr gefunden. Im Bericht wird vom guten Zustand der anderen Lagerteile auf den guten Zustand des nicht vorhandenen Teiles geschlossen. Bei der Floridsdorfer Brücke wurden Bohrungen in die Pfeiler vorgenommen. Warum war das bei der Reichsbrücke unmöglich? Die notwendige Hauptuntersuchung der Reichsbrücke scheiterte am Streit zwischen den Stadträten Hofmann, Mayr und Nekula über die Bezahlung. Damals hätte der Bürgermeister energisch eingreifen und handeln müssen.

Der Bericht hat das eindeutige Ergebnis gebracht, daß keine schuldhaften Handlungen zum Einsturz der Reichsbrücke führten, erklärte GR. Maria Szöllösi (SPÖ). Die ÖVP versuchte seit dem Einsturz politisches Kapital daraus zu schlagen und die Bevölkerung in Angst zu versetzen. Der Bau der Traisenbrücke ist nun notwendiger denn je: Während die SPÖ-Mandatare von Floridsdorf einen Neubau fordern, treten die ÖVP-Stadträte Busek und Neusser für den Verzicht des Baus der Traisenbrücke und für die Übernahme des Baus der Floridsdorfer Brücke durch den Bund ein. GR. Hahn fordert sogar den Bau einer neuen Donau- brücke zwischen Korneuburg und Klosterneuburg. (sei)

Den Einsturz der Reichsbrücke nannte GR. Edlinger (SPÖ) ein Ereignis, das sich auf drei Ebenen abspielte: auf einer technischen, einer propagandistischen und einer politischen. Die sogenannten unabhängigen Zeitungen seien sich im August 1976 einig gewesen: Was immer den Einsturz der Reichsbrücke verursacht hat, Schuld wären die Sozialisten.

Die international anerkannten Wissenschaftler benötigten sieben Monate, um ihren Bericht über die Einsturzursache auszuarbeiten. Und die Zeitungen sahen sich gezwungen, klein beizugeben, verzichteten auf Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung und gegen die Sozialisten und erklärten den zurückgetretenen Stadtrat Ing. Hofmann als rehabilitiert.

Die ÖVP beschuldigte der Redner, jede Gelegenheit zu nützen, den politischen Gegner zu diffamieren. So sei im Zusammenhang mit dem Bauring immer wieder behauptet worden, die SPÖ hätte Geld bekommen - und das sage eine Partei, deren Obmann sich nicht scheute, Gelder von so dunklen Quellen anzunehmen, wie Kommerzialrat Berger, mit dem sich jetzt die Gerichte beschäftigen. Und ausgerechnet Dr. Busek stelle sich hin und sage, die Verwaltung Wiens müsse wieder sauber werden - für eine Sauberkeit dieser Art bedanke sich die Bevölkerung. (we)

Ende des Sitzungsberichtes

- - -

L o k a l :

=====

feier zur benennung des ''julius raab-platz'' verschoben

9 wien, 28.3. (rk) die stadt wien hat bekanntlich beschlossen, den aspernplatz in julius raab-platz umzubenennen. die feierliche namensgebung sollte kommenden samstag, den 2. april, erfolgen. da jedoch zahlreiche eingeladene ehrengaeste verhindert sind, hat der wiener buergermeister die vorgesehene feierlichkeit verschoben. ein neuer termin wird rechtzeitig bekanntgegeben. (pr)

1442